

Vor einem Jahr wurde die junge iranische Kurdin Mahsa Amini, mit ihrer Familie auf Kurzbesuch in Teheran, von Sittenpolizisten wegen des Verstoßes gegen das islamische Verschleierungsgebot festgenommen, kam in Polizeigewahrsam, wo sie Schläge gegen die Schläfe erhielt, ins Koma fiel und in einem Teheraner Krankenhaus drei Tage später ihren Verletzungen erlag. Das war am 16. September. Ihr Tod löste landesweit heftige Entrüstung aus, die zur großen „Frau, Leben, Freiheit!“-Protestbewegung führte und vielen iranischen Städten über Wochen und Monate hinweg rund um die Uhr schwer zu schaffen machte. Beobachter halten diese Protestbewegung für die größte soziale Krise der Islamischen Republik.

Um dieser Bewegung die Luft abzuschneiden, nahm die Regierung mehr als siebzig Journalistinnen und Journalisten fest und ging mit Gewalt und Schrotgewehren gegen Demonstranten vor. Die Nachrichtenagentur HRANA (Human Rights Activists News Agency) gibt an, dass die Proteste mehr als fünfhundert Tote gekostet haben und mehr als zwanzigtausend Menschen verhaftet wurden. Sieben davon sind später zum Tode verurteilt worden, wegen Kriegführung gegen Gott. Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge bezeichnete diese Urteile als Staatsmorde, Amnesty International sprach zudem von durch Folter erzwungenen Geständnissen. Regierungsnahe Medien hatten mindestens neun der erzwungenen Geständnisse vor der Vollstreckung der Urteile veröffentlicht.

Einige Inhaftierte starben kurz nach ihrer Freilassung an Herzinfarkten, andere begingen Selbstmord. Allein in Teheran auf Augenleiden spezialisierter Farabi-Klinik registrierte man binnen zwei Monaten nach Beginn der Protestbewegung mehr als 1100 durch Schrotkugeln hervorgerufene Blendungen. Am 21. November 2022 forderten 120 iranische Augenärzte mit einem Schreiben den Vorsitzenden ihres Verbands dazu auf, die zuständigen Stellen auf diese beunruhigende Zahl hinzuweisen.

Die politische Krise in Iran nimmt kein Ende. Sie begann Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts mit der konstitutionellen Revolution, dauert bis heute an und hat sich im Laufe der letzten 45 Jahre verschärft. Wozu drei Schlüsselfaktoren beigetragen haben: ideologisches Denken, Ignoranz und Unlauterkeit. Dafür, dass die so entstandene Lage andauert, sorgen Täuschung und Gewalt: Täuschung derer, die man hinter Licht führen kann, Gewaltanwendung gegenüber denen, die sich nichts vormachen lassen. Täuschung und Gewalt sind auch die Hauptgründe für die Legitimitätskrise, in der Irans Machthaber stecken. Das politische System hat heute seinen absoluten Erschöpfungszustand erreicht, ohne dass es seine Klischees, Dogmen und starren Vorurteile auch nur im Geringsten überwunden hätte. Da diese Situation nun seit 45 Jahren fortbesteht, könnte man sagen, dass das, was in Iran geschieht, mittlerweile Normalität ist – wobei zugleich feststeht, dass die Lage unerträglich geworden ist.

Es gärt weiter auf den Straßen

Ein Jahr nach dem Tod von Mahsa Amini hat sich die Lage in Iran nur scheinbar beruhigt.

Von Amir Hassan Cheheltan

Sie ist in vielerlei Hinsicht das Gegenteil dessen, was sie sein sollte. Um ihre Gegner und Kritiker in Verruf zu bringen, mischt die Regierung sich in deren Privatleben ein, zerrt Dinge ans Tageslicht, macht sie öffentlich. Umgekehrt macht sie öffentliche Belange zu Privatangelegenheiten. Die Bevölkerung weiß beispielsweise nicht, wofür ihre Steuer Gelder ausgegeben werden, die Regierung nennt die wahren Zahlen nicht, hält sensible Akten unter Verschluss, stemmt sich gegen jegliche Transparenz. Für Privatangelegenheiten öffnet sie die Vorhänge, bei öffentlichen Angelegenheiten schließt sie sie. In knapp sechs Monaten stehen – kaum noch als solche zu bezeichnende – Wahlen an. Parlamentarier wollen wiedergewählt werden. Wer erstmals kandidiert, muss durch den Filter des zwölfköpfigen Wächterrats. Und wer im Laufe seines Lebens auch nur die geringste Kritik an der Islamischen Republik geübt hat, passiert diesen Filter nicht.

Deshalb betrachtet im Volk niemand mehr die Gewählten als seine wahren Vertreterinnen und Vertreter. Wie es um Iran bestellt ist, lässt sich im Vergleich mit zwei Nachbarländern deutlich machen. Dass es nach den letzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Türkei wegen knapper Abstimmungsergebnisse zu Neuwahlen kam,

zeigt, dass in der Türkei die Wahlurne noch Gewicht hat, während in Afghanistan die Taliban die Macht über Nacht mit Waffengewalt erobert und das Leben quasi zum Stillstand gebracht haben. Iran nimmt eine Position zwischen der Türkei und Afghanistan ein. Das hat viele Menschen hierzulande davon überzeugt, dass die Zukunft zu wichtig ist, um sie weiterhin den herrschenden Politikern zu überlassen.

Wie ist die heutige Situation entstanden? Menschen, die man aus dem öffentlichen Raum vertrieben hat, lassen sich nicht zu den Wahlen rufen. Dreimal wurde während der letzten sechs Jahre deutlich, dass sie ein neues politisches Ziel verfolgen: Sie wünschen weder herkömmlichen Wahlkampf, noch streben sie konventionelle Teilhabe an der Macht an. Sie wollen die Straße erobert, durch lebensorientiertes Engagement. Die Straße symbolisiert alle öffentlichen Räume, gegen deren Einengung man sich widersetzt, indem man sie erobert. Die gesellschaftlichen Kräfte möchten diese Räume demokratisch nutzen.

Wie sind diese Kräfte entstanden? 1979, im Jahr der islamischen Revolution, besuchte jeder Iraner, und jede Iranerin im Durchschnitt zweieinhalb Jahre

lang die Schule. Heute sind es zehn Jahre – eine beachtliche Zahl im weltweiten Vergleich. In manchen westlichen Ländern geht man zwölf bis dreizehn Jahre lang zur Schule. In Portugal, den Philippinen und Mexiko liegt der Durchschnittswert bei neun, in der Türkei, Brasilien und Indonesien bei acht, in Kuwait bei sieben, in Afghanistan bei vier Jahren. Entsprechend stieg in Iran in den letzten vier Dekaden der Humankapital-Index: 1982 lag er bei rund dreizehn, heute liegt er bei sechzig. Wer sich mit der Materie befasst, weiß zu erkennen, wie enorm dieser Zuwachs ist.

Zwölf Millionen Menschen im Land haben höhere Schulbildung genossen. Wir reden hier von Bildung im tertiären Sektor, auf Universitätsniveau. Entsprechend möchten mittlerweile achtzig Prozent der Bevölkerung aufs Internet zugreifen. Die Menschen interessieren sich sehr für das, was im Rest der Welt geschieht, und wollen auch die sozialen Netzwerke nutzen.

Unterdessen triumphiert der private Raum, die Familie, über den öffentlichen Raum als der von der islamischen Ideologie kontrollierten Sphäre. Heute haben fünf Millionen Iranerinnen einen Universitätsabschluss, zwei Millionen Mädchen und junge Frauen gehen zur Schule oder studieren. Sieben Millionen Menschen also, die in dreißig Prozent der Familien

des Landes leben und alles, was geschehen ist, beeinflusst haben.

Dass die Frauen sich nicht länger als Opfer gesellschaftspolitischer Strukturen verstehen, sondern sie verändern wollen, hat sie zu Fahnenträgerinnen gemacht. Die im Laufe ihres Lebens gewachsene Auffassung von Teilhabe und Wahlfreiheit hat sie dazu gebracht, ihre Opferrolle abzuschütteln und ihre Forderungen selbstbestimmt auf die Straße zu tragen. Dabei reißen sie fast alle Bereiche der Gesellschaft mit. Allerdings wird das soziale Gefüge derzeit nur noch durch ein einziges einigendes Element zusammengehalten: den Hass auf das herrschende System. Dass der ein zerstörerisches Potential hat und die Bewegung schwächen könnte, liegt auf der Hand.

Das Volk will politische Macht, die Machthabenden können diesen Wunsch nicht ignorieren, fürchten aber, jegliches Zugeständnis könnte den Zerfall des gesamten Systems bewirken. Seit der „Frau, Leben, Freiheit!“-Bewegung ist nichts mehr wie bisher. Viele Frauen und Mädchen missachten das islamische Verschleierungsgebot und bewegen sich ohne Kopfbedeckung im öffentlichen Raum. Bisweilen versiegeln die offiziellen Cafés, Restaurants, Ladengeschäfte und sogar Arztpraxen, weisen Banken und Ämter an, unverschleierte Frauen

Dienstleistungen zu verweigern – vergebens. Hier bedroht die Staatsmacht Menschen, dort sind die sozialen Medien voll mit Bildern, die bezeugen, wie gewaltsam sie gegen Mädchen und Frauen vorgeht. Auch Passregistrierungen werden angedroht, Ausreiseverbote, hohe Geldstrafen für Protestierende, die Beschlagnahme von Privat-Pkw und andere Sanktionen mehr. Doch diese Drohungen verfehlen ihre Wirkung, fast überall in der Öffentlichkeit begegnet man weiterhin unverschleierten Frauen.

Vier Jahrzehnte lang hat eine kleine Schicht der Bevölkerung die Kraft einer ganzen Nation dazu genutzt, den Niedergang gewisser Traditionen aufzuhalten, bis schließlich weite Teile der Gesellschaft in mehreren Städten Irans gegen diese Traditionen aufbegehrt und deren Totenglocke geläutet haben. Die Regierung indes hält unverrossen an ihrem Vorhaben fest, den Niedergang der Gesellschaft mit althergebrachtem Gedankengut und ausgelagertem Personal aufzuhalten, und bürdet der Nation zu diesem Zweck hohe Kosten auf.

Den Herrschenden scheint zu entgehen, dass, wenn ihr Versuch, Traditionen zu bewahren, mit Demütigung, Armut und Ungleichheit einhergeht, die Menschen diese Traditionen nicht länger an deren inhaltlichem Gehalt, sondern an den emotionalen Erfahrungen messen, die der Alltag ihnen beschert. Deshalb sind die seit Jahrzehnten andauernden Bemühungen der Regierung, Irans Geschichte zu prägen, indem der Kulturbetrieb überwacht und Lehrbücher umgeschrieben werden, meist gescheitert.

Dass die „Frau, Leben, Freiheit!“-Bewegung noch keine greifbaren Ergebnisse gebracht hat, enttäuscht nicht wenige Menschen. Die Desillusionierung hat mittlerweile ein Ausmaß erreicht, das viele Iranerinnen und Iraner dazu bringt, ihrer Heimat den Rücken zu kehren. Dieser *Brain Drain* zwang den Vorsitzenden des parlamentarischen Gesundheitsausschusses kürzlich, festzustellen, dass in den vergangenen zwei Jahren mehr als zehntausend Ärzte und andere Angehörige medizinischer Berufe aus Iran ausgewandert sind.

Zurzeit scheint Ruhe zu herrschen im Land, trotz der mittlerweile aufs Doppelte angewachsenen Armut und siebzig Prozent Inflationsrate. Doch Teheran liegt auf der Lauer – wie eine verletzte wütende Bestie. Je länger sie lauert, desto größer wird ihre Zerstörungswut. Man muss sich fürchten vor dieser Stadt, doch die Entscheidungsträger verdrängen ihre Angst. Oder sie wappnen sich. Hin und wieder lassen sie verlauten: „Wir haben alles unter Kontrolle.“ Dabei beben ihre Stimmen, weil die Herrschenden wissen, was alle wissen: Die nächste Attacke wird, sehr bald, wieder blutige Kämpfe bringen.

Aus dem Persischen von **Jutta Himmelreich**. Amir Hassan Cheheltan lebt in Teheran. Sein jüngster Roman, „Eine Liebe in Kairo“, erschien 2022 bei C. H. Beck.



Weltweit Erinnerung an Mahsa Amini: Dieses Bild entstand zwei Tage nach ihrem Tod in Beirut.

Foto Reuters

Versuch's mal mit Gemütlichkeit

Wohnmobile in Neu Delhi: Das Deutsche Architekturmuseum geht der baulichen Gestaltwerdung von Protestbewegungen im öffentlichen Raum nach

Die Musealisierung ging schnell vonstatten: In 16 Meter Höhe hing noch bis vor wenigen Monaten im Hambacher Forst eine y-förmige Brücke, die drei Baumhäuser miteinander verband. In ihnen hatten sich Aktivisten eingerichtet, um die Abholzung der Reste des „Hambi“ zugunsten des Braunkohle-Tagebaus zu verhindern. Nun ist das kleine Bauwerk aus Brettern und Seilen, errichtet von einem Mann mit dem Alias „Frodo“, zum Exponat im Deutschen Architekturmuseum in Frankfurt geworden. Die Besucher dürfen die Brücke sogar betreten, müssen sich vorher aber aus konservatorischen Gründen die Schuhe ausziehen. Und aus sechzehn Metern Höhe sind dreißig Zentimeter geworden. Weil es die Richtlinien so vorsehen, mussten gleichwohl ein Tragwerksplaner und ein Architekt den Aufbau der Brücke im Museum beaufsichtigen, damit keine Absturzgefahr besteht.

Die Installation ist eine raffinierte Ouvertüre des DAM zur überaus sehenswerten Schau über Protestarchitektur seit 1830. Das tiefer gehängte, schwankende Exponat deutet an, dass es den Ausstellungsmachern um die Identifikation mit ihrem Gegenstand hätte gehen können, und ironisiert diese Möglichkeit zugleich als allzu bequeme Vorstellung. Für diejenigen, die es schwarz auf weiß haben wollen, betonen Oliver Elser und das von ihm angeführte Kuratorenteam in den einführenden Texttafeln, dass für ihre Auswahl von dreizehn Fallstudien von Protestarchitektur nicht entscheidend gewesen sei, ob ihnen die Ziele des Protests sympathisch seien. Vielmehr habe den Ausschlag gegeben, ob Architektur bei den Protestbewegungen eine wesentliche Rolle gespielt habe.

Hier kommt ein sehr weiter Begriff von Architektur zum Tragen: Wenn sich Aktivisten der Letzten Generation auf einer Straße festkleben, um mit ihrem Körper zum Verkehrshindernis zu werden, errichten sie damit nach dem Verständnis der Kuratoren eine „Barrikade“, das ist gewissermaßen die kleinste denkbare Schwundstufe jener Barrikade des Maiaufstandes 1849 in Dresden, die sich dank der bau-



Pahlbau: Das Holzhaus Rotkoelchen in Lützerath

Foto Anna-Maria Mayerhofer

technischen Anweisungen von Gottfried Semper als uneinnehmbar erwies (allerdings auch nur diese, weshalb der später berühmte Architekt dann für lange Jahre ins Exil gehen musste). Hier überspannt die Ausstellung, die in Zusammenarbeit mit dem Museum für Angewandte Kunst in Wien entstanden ist, ihren Bogen: Weil für sie jede noch so kurze Intervention im Raum Protestarchitektur ist, fällt auch die versuchte Aneignung von ikonischen Gebäuden, wie sie die Trump-Anhänger mit dem Sturm auf das Capitol unternommen haben, unter diesen Begriff.

In den etwas eingehender dokumentierten Fällen von Protestbewegungen in Nord- und Südamerika, Asien, Afrika und Europa seit 1968 wird Architektur glücklicherweise etwas enger gefasst. Zumindest eine Ansammlung von Zelten ist im Spiel, etwa bei den Protesten in Hongkong von 2014. Oder während der sechzig Tage von „Occupy Wall Street“ im Zuccotti-Park von New York, das auf der ganzen Welt Nachahmer fand. Wenn das Movimiento 15M, das sich im Frühjahr 2011 auf der Puerta del Sol in Madrid gegen die Schuldenkrise wandte, ein großes Zeltdach mit Straßen-

laternen als Stützen errichtete, entstanden Formen, die von ferne an das Dach des Münchner Olympiastadions von Günter Behnisch und Frei Otto erinnern. Die indischen Bauern, die 2020 auf den Straßen von Neu Delhi gegen Agrarreformen demonstrierten, ließen sich auf den Anhängern ihrer Traktoren häuslich nieder – eine spontane agrarische Schwundstufe des Wohnmobils gewissermaßen.

Bemerkenswert systematisch gehen die Organisatoren der „Bewegung der Arbeiter ohne Dach“ in Brasilien bei ihren Aktionen vor. Sie lassen brachliegende Grundstücke besetzen, um sich für eine Bebauung mit bezahlbarem Wohnraum einzusetzen. Über Nacht entstehen dann Zeltstädte mit sorgfältig angelegten Gassen, Plätzen und Versammlungsräumen. Ein provisorisches Zelt für die erste Nacht wird anschließend durch aufwendigere Konstruktionen ersetzt.

Festere Formen von Behausungen sind offenbar vor allem in Mitteleuropa beliebt. Das Hüttendorf, das im Mai 1980 als wilde Siedlung im Wald am Frankfurter Flughafen errichtet wurde, um den Bau der Startbahn West zu verhindern, hat hier stilbildend gewirkt. Als die Polizei nach vergleichsweise langen anderthalb Jahren zur Räumung anrückte, bestand es aus rund sechzig Hütten, Baumhäusern und einer Kirche. Die Dauerhaftigkeit hatte dazu geführt, dass sich ein ästhetischer Anspruch bei der Gestaltung der anfangs notdürftig zusammengemauerten Unterkünfte entwickelte – und eine gewisse Häuslichkeit.

Für die Herstellung von Gemütlichkeit war in Gorleben, wo der zur gleichen Zeit ausgerufenen Republik Freies Wendland nur 33 Tage beschieden waren, keine Zeit; stattdessen wurde hier das Prinzip entwickelt, in die Höhe zu bauen, um der Polizei die Räumung zu erschweren. Damit steht Gorleben Pate für die jüngsten Protestcamps etwa im Hambacher Forst, in Lützerath und im Dannenröder Forst. Deren Initiatoren haben es sich zunutze gemacht, dass die Polizei hierzulande gesetzlich verpflichtet ist, Spezialkräfte einzusetzen, sobald sie in mehr als zweieinhalb Meter Höhe operiert. In der

Ausstellung ist ein sogenanntes Monopod aus dem Camp im Fechenheimer Wald in Frankfurt zu sehen; dabei handelt es sich um einen Baumstamm samt Plattform auf bis zu zehn Meter Höhe, die durch Abspannseile am Boden gesichert und von den Einsatzkräften nur mit großem Aufwand zu räumen ist. Als „Verzögerungsarchitektur“ definiert die Ausstellung diese Bauweise.

Wo der Einsatz höher ist, etwa 2011 auf dem Tahrir-Platz in Kairo oder 2014 auf dem Maidan in Kiew, ging es eher um den Bau von Festungen aus Pflasterstei-

nen und Holzbalken, wie einst in Dresden. Die Körperlichkeit des Protests war mit Lebensgefahr verbunden. In Kiew erzählt ein eigenes Museum von jenen Tagen; nach Frankfurt schickte es statt Objekten nur Fotos. Die Ukraine hat es derzeit mit einem Gegner tun, der das ganze Land als Protestarchitektur befreit.

MATTHIAS ALEXANDER

Protest/Architektur. Barrikaden, Camps, Sekundenkleber 1830–2023. Deutsches Architekturmuseum Frankfurt. Bis 14. Januar. Der Katalog kostet 19 Euro.

Liefen Sie jetzt ein!
Zur kommenden Herbstauktion.
Kunst. Design. Kunsthandwerk.



Arne Jacobsen
Zuschlag € 20.000



Ettore Sottsass
Zuschlag € 20.000



Lucie Rie
Zuschlag € 100.000



Hans Coper
Zuschlag € 48.000



Andy Warhol
Zuschlag € 65.000

Wiedstraße 21 | 47799 Krefeld
02151 - 154 61 27
info@kunstunddesign-auktionen.de

KUNST & DESIGN
AUKTIONS HAUS
SCHOPS
TUROWSKI